

Thema	Seite	Aussage	Beratung in Arbeitsgruppe	Anknüpfungspunkte
Bürokratieabbau und digitale Verwaltung	33	• Hoheitliche Aufgaben/Übertragung von Selbstverwaltungseinrichtungen auf die Wirtschaft • Abspeckung Tariftreue- und Vergaberecht		
Digitalisierung	34ff.	Vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung bis 2025: • E-Government Strategie • Digitales Vergabeportal • Modernisierung des Verwaltungsverfahrenrecht • Weniger Ausnahmen bei digitalen Akten • Projekte „Digitale Stadt“ (Vernetzung) • Open-Data-Gesetz NRW • Datenbank / IT-Sicherheit Kritischer Infrastrukturen		
Landesplanung	25ff.	Landesentwicklungsplan soll innovative Ansätze für Kompensationsflächen beinhalten: • Weniger Neuausweisungen und mehr qualitative Aufwertungen bestehender Flächen. • Stärkung des Vertragsnaturschutzes, Vorrang vor Amtsnaturschutz • Kompensationsmaßnahmen insbesondere für die Finanzierung von Brachflächensanierungen (AAV); naturverbessernde Maßnahmen in bebauten Gebieten; • Die Aufstellung von Landschaftsplänen • Umsetzung der WRRL • Flächenmanagementsysteme (Zertifikatehandel und Flächenpools)		
Freihandelsabkommen	37	Koalition möchte sich offensiv in die Freihandelsdebatten der EU mit anderen Ländern, bzw. Regionen einbringen und diese Vorantreiben		

Klimaschutz	39	Klimaschutz soll technologieoffen vorangetrieben werden / Pro Paris-Abkommen • NRW-Klimaschutzgesetz reduzieren auf 1:1 Umsetzung der Bundesvorgaben/EU-Recht • Innovationsschübe für den Wärmemarkt		
Energie	40ff.	• Intelligente Lösungen (power to x; virtuelle Kraftwerke, demand-side-management) • Absenkung der Stromsteuer / Verrechnung EEG-Umlagen • Pro KWK • Überarbeitung des Windenergieerlasses • Ausbau der Forschung im Bereich Energie • Neuausrichtung der Energieagentur + der Effizienzagentur		
Kommunales	73ff.	Es wird möglicherweise ein eigenes Kommunalministerium geben: Interkommunale und regionale Zusammenarbeit soll gestärkt werden (Prüfung einer Bundesratsinitiative zur Steuerneutralität)		
Umwelt-, Natur- und Klimaschutz	81ff	5 Prinzipien als Überbau: • Schutz des Eigentums (Eigentümer stehen i.d. Verantwortung) • Hohe Effizienzanprüche an den Einsatz öffentlicher Fördermittel • Grundsätze der Kooperation und der „freiwilligen Verbindlichkeit“ haben Vorrang vor Vorschriften • Vorzug marktwirtschaftlicher Anreize vor den Instrumenten des Ordnungsrechtes • Notwendige Ordnungsrechtliche Vorgaben von Bund und EU sollen 1:1 umgesetzt werden, darüber		

		hinausgehende Regelungen nur im Einzelfall.		
Naturschutz	81	Novellierung des Naturschutzgesetzes: • Eingriffe „qualitatives Aufwerten vor quantitativer Neuausweisung“ • NRW Kataster für Naturschutzflächen • Bestehende Vorkaufs- und Beteiligungsrechte auf Bundesvorgaben reduzieren • Überarbeitung der Biodiversitätsstrategie		
Wasser- Und Hochwasserschutz	82	3 Hauptaussagen: • Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel • Schutz des Wassers und der Gewässer zentraler Punkt der schwarz-gelben Umweltpolitik • Lösungsorientiertes Handeln: Probleme und Risiken sollen konsequent und kooperativ mit allen Akteuren aufgegriffen werden.		
Unterpunkt „Nitrat“	83	• Weiterentwicklung des Messstellennetzes • Stärkung des „wissenschaftlichen Sachverstands“ • Stärkung und Ausbau der Wasserk Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Wasserwerken		
Unterpunkt „Arzneimittel“	83	„Der Gebrauch von Medikamenten hat Auswirkungen auf Gewässer und Trinkwasser“. Daher: • Stärkung des Vorsorgegedankens • Fokus auf Eintragsvermeidungsstrategien ohne flächendeckende 4. RST • „Rückstandsaufkommen sollen ermittelt werden“		
Unterpunkt „Hochwasserschutz“	83	• Intensivierung des Technischen Hochwasserschutzes • Maßnahmenfinanzierung auch durch privates Kapital • Abschaffung der Ausgleichspflicht von technischen Maßnahmen • Überarbeitung von Planungs- und Genehmigungsverfahren		

		• Polder sollen im Regelfall als gesteuerte Polder fungieren (Bedarfsfall) • Verbesserung des HWS in kleineren Gewässern • Ausbau von Warnsystemen und Verbesserung der Abstimmungsprozesse zwischen Kommunen, Wasserverbänden und Betroffenen		
Unterpunkt „TW-Wasserpreise“	84	Transparenz bei den Trinkwasserpreisen und den Ursachen für Preisdifferenzen; Weiterentwicklung des Benchmarks		
Unterpunkt „Überarbeitung LWG“	84	Synchronisierung mit den Vorgaben des WHG. Explizit genannt: • Gewässerrandstreifen • Vorkaufsrechte • Entfristung von Genehmigungen • Berichtspflichten • Gewässerschutz mit möglichst begrenztem Aufwand		
Unterpunkt „Dichtigkeitsprüfung“	84	Verpflichtende Dichtigkeitsprüfung nur für Neubauten, bei wesentlichen baulichen Veränderungen und in begründeten Verdachtsfällen.		
Unterpunkt „Mikroplastik“	84	Forschung und Erkenntnisgewinnung, Kooperative Lösungsstrategien, Selbstverpflichtung der Industrie		
Unterpunkt „Umsetzung WRRL“	84	Flexibilisierung des Maßnahmenprogramms zwecks Bündelung von Hochwasserschutz und Umsetzung der WRRL Pro Umgestaltungsmaßnahmen ganzer Flusseinzugsgebiete (vgl. EGLV)		
Jagd + Fischerei	91	• Neue Kormoranverordnung • Bewährte Wanderfischprogramme sollen fortgeführt werden		
Landwirtschaft	89ff.	Stärkung der Landwirtschaft: • Für die Beibehaltung des EU-Fördersystems • Kritische Überprüfung der „Greening“-Vorgaben • Entbürokratisierung • Investitionen in moderne Tierhaltungssysteme und		

		Agrartechnik • Förderungen ökologischer Landwirtschaft soll überprüft werden • Kein Zurückgreifen auf Länderöffnungsklauseln bei der Düngeverordnung		
--	--	---	--	--

Umweltministerin: Frau Schulze-Föcking

Parlamentarischer Staatssekretär vorauss. Heinrich Bottermann / Deutsche Stiftung Umwelt